

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg

(Limburger Zeitung)

Älteste Zeitung am Platze. Begründet 1838

(Limburger Tageblatt)

Er erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
für jede Woche eine Beilage
Sommer- und Winterferien je nach Umständen.
Wannfeiern um die Jahresende.

Verantwortl. Redakteur Herr. Leh, Druck u. Verlag von Marij Wagner
an Schindler'scher Verlag u. Buchdruckerei in Limburg (Bahn) Betriebsnr. 92.

Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages

Bezugspreis 2 Mark 70 Hg.
vierteljährlich ohne Postgebühren.
Einzelnummern 20 Pf.
die 6 wöchentlichen Beilagen aber keine Bezahlungen die 91 zum letzten Heft 60 Pf.
Rebatt wird nur bei Einzahlungen gewährt.

Nummer 241

Limburg, Mittwoch den 16. Oktober 1918

81. Jahrgang

Die amerikanische Antwort an das deutsche Volk.

Die Antwortnote.

Washington, 14. Okt. (W.L.B.) Reuter. Der Staatssekretär hat heute nachmittag dem interimistischen Geschäftsträger der Schweiz und dem Vertreter der deutschen Botschaft in Bern folgende Note bekanntgegeben:

Staatsdepartement, 14. Okt. — Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, die Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Übermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen durch die jetzige deutsche Regierung und eine große Mehrheit des deutschen Reichstages berechtigte den Präsidenten, eine offene und unmittelbare Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben.

Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, die dem Urteil und dem Rate der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der Verbündeten überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Heere der Vereinigten Staaten und der Verbündeten an der Front schafft. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der verbündeten Regierungen sein wird.

Der Präsident hält es für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten noch er dessen ganz sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegführende verbündet sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungeschlichen und unmenschlichen Handlungen auszuüben, bei denen sie noch beharren. Zur gleichen Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlüssen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Personenschiffe zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Fahrgäste und Besatzungen versuchen, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Heere schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und Frankreich einen Weg zur willkürlicher Zerstörung ein, der immer als unmittelbare Verletzung der Regeln und Gebrauchs der zivilisierten Kriegführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind alles dessen, was sie enthalten, ist sogar ihrer Einwohner beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland verbündeten Völker einem Waffenstillstande zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderung und Verwüstung fortgesetzt werden, auf die sie mit Macht mit Schwerten und empörtem Herzen hindrücken. Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Forderung und die klare Pflicht (to the language and plain meaning) einer der Friedensbedingungen lenken, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli dieses Jahres in Mount Vernon gehalten hat und lautet wie folgt:

Die Verletzung jeder willkürlichen Macht überall, die für sich geheim und nach eigenen Plänen den Frieden der Welt, hören kann oder, wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zu tatsächlichen Vermögen und (folgt eine Telegrammvermittlung).

Die Macht, die bisher das deutsche Volk beherrschte (controlled) hat, ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird. Das deutsche Volk hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und der befriedigenden Art der Bürgschaften abhängen wird, die in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland verbündeten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Antwort an die kaiserliche und königliche Regierung von Oesterreich-Ungarn absenden.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung.

Deutscher Tagesbericht.

Der Angriff in Flandern.

Der Vorstoß zum Steben gekommen.

Großes Hauptquartier, 15. Okt. (W.L.B. Amtlich.)

Wäflischer Kriegsschauplatz.

Stretesgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern hat der Feind seine Angriffe auf breiter Front zwischen Zartes und der Lys wieder aufgenommen. Es gelang ihm, über unsere vordere Stellung hinaus vorzudringen. Gegen Mittag kam der Kampf in der Linie Kortemark—östlich von Roelare, das nach hartem Kampfe in Feindeshand fiel, südwestlich von Negen und nordöstlich von Menen zum Stehen. Menen und Werwil wurden gegen starke Angriffe behauptet. Uebergangversuche des Feindes über die Lys beim Komen vereitelt. Bei erneuten Angriffen am Nachmittage gingen Handzame und Kortemark verloren. Starke mit Panzerwagen geführte Angriffe beiderseits von Gits scheiterten. Zwischen Negen und Menen konnte der Feind am Nachmittage nur noch wenig Boden gewinnen.

Erfolgreiche Vorkämpfe westlich von Lille und am Haute Deule-Kanal.

Am Sello-Abchnitt nördlich von Haussy und St. Souplet scheiterten Teilangriffe des Gegners.

Stretesgruppe Doullart Aconprinz.

In dichtem Morgennebel brach der Feind östlich von St. Quentin über die Oise vor und sahste vorübergehend auf den Höhen südlich von Macquigny und nördlich von Origny zu. Umfassend angelegter Gegenangriff warf ihn von den Höhen auf die Oise wieder zurück. Heftige Teilkämpfe vor der neuen Front nördlich von Laon, westlich der Aisne und im Aisne-Bogen, südwestlich von Grandpre.

Stretesgruppe Sallwih

Zwischen der Aire und der Maas griff der Amerikaner mit starken Kräften an, Schwerpunkt der Kämpfe lag östlich der Aire und beiderseits der von Charpentry auf Bauthenville führenden Straße. Die teilweise bis zu viermal wiederholten Angriffe sind bis auf örtlichen Geländegewinn beiderseits von Romagne gescheitert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Auf den Höhen nordwestlich und nördlich von Nijh fanden kleinere Kämpfe statt.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Abendbericht.

Berlin, 15. Okt., abends. (W.L.B. Amtlich.)
An der Kampffront in Flandern setzte der Feind seine Angriffe fort. Er konnte einige Geländevorteile in beschränktem Umfange erringen. Westlich der Maas entschieden sich Teilkämpfe zu unsern Gunsten.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden.

Berlin, 16. Okt. Die „Frkf. Ztg.“ schreibt: In der gestrigen Bundesratsitzung ist die Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung dahingehend beschlossen worden, daß künftig die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände der Volksvertretung gelegt werden wird:

Berlin, 16. Okt. (W.L.B.) Der Bundesrat stimmte gestern vormittag einem Gesetzentwurf zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung zu.

Abj. 2 des Artikels wird dahin abgeändert: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.“

Abj. 3 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstages.“

Damit ist die volle Mitwirkung der Volksvertretung bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden gesichert.

Nach der bisherigen Fassung des Artikels 11 hat der Kaiser im Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Bündnisse und andere Verträge mit fremden Staaten einzugehen. Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt. Hier war also in der wichtigsten Lebensfrage des Volkes die Mitwirkung der Volksvertretung ausgeschlossen. Die Wenderung dieses Verfassungszustandes ist eine alte demokratische Forderung, die jetzt endlich zur Erfüllung gelangt. Nach dem Beschluß des Bundesrats, dem der Reichstag sicher ungekürzt zustimmen wird, sollen künftig Kriegserklärungen und Friedensschlüsse von der Zustimmung des Reichstages abhängen, in dessen Hände hierdurch die endgültige Entscheidung gelegt wird. Nicht ein Einzelwille, sondern der Gesamtwille des Volkes wird damit zum bestimmenden Faktor.

Der schwachen Entschlüssen.

Berlin, 16. Okt. Die für heute anberaumte Sitzung des Reichstages ist abgesetzt. Der Reichstanzler wollte in ihr eine Rede halten, die nicht auswärtige Fragen, sondern die inneren Reformen behandeln sollte. Nachdem jetzt Wilsons Antwort eingetroffen ist, ist eine Sitzung, die sich nur mit inneren Fragen beschäftigt, nicht gut denkbar. Diese Note drängt natürlich auch das in den letzten Tagen so lebhafteste Interesse an dem Briefe des Prinzen Max und seinen etwaigen politischen Folgen zurück. Man wird davon kaum mehr sprechen, denn es steht nun fest, daß diese Folgen, die sich auf die Stellung des Prinzen bezogen, nicht eintreten werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat heute beschlossen, ihm ihr Vertrauen nicht zu entziehen, so daß er also auf seinem Posten bleiben kann, und das ist gut, denn von allem abgesehen, erlaubt die Stunde keinen Wechsel innerhalb der Regierung und vor allen Dingen keine Infragestellung des demokratischen Charakters dieser Volksregierung, die jetzt vor der schwersten über das Schicksal von Reich und Volk entscheidenden Entschliebung steht. — Die Note, deutungsvoll wie alles, was von Wilson ausgeht, ist in ihren Forderungen und Behauptungen, nicht ohne Weiteres klar verständlich und man kann sich denken, daß innerhalb der Regierung sorgfältige Beratungen notwendig sein werden, ehe der Entschluß über die Antwort gefaßt ist.

Seine Reichstagsitzung am Mittwoch.

Berlin, 16. Okt. Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß am Dienstag abend nach längerer Besprechung, die für Morgen, Mittwoch 1 Uhr einberufene Reichstagsitzung ausfallen zu lassen. Die nächste Sitzung des Reichstages wird voraussichtlich am Freitag stattfinden.

Wittent gegen Enver Pascha.

Bern, 15. Okt. Nachrichten zufolge, die aus sicherer Quelle aus Konstantinopel eingetroffen sind, soll am Mittwoch auf Enver Pascha ein Attentat verübt worden sein. Mehrere Schüsse wurden auf den jungtürkischen Führer abgegeben, als dieser ins Kriegsministerium eintrat. Der

Erster Pascha begleitende deutsche Offizier wurde verwundet. Erster Pascha blieb unverletzt. Nachrichten derselben Quelle zufolge herrscht in Konstantinopel eine ungeheure Aufregung.

Die politische Lage der Türkei.

Konstantinopel, 15. Okt. Die augenblickliche politische Lage in Konstantinopel läßt sich schwer überschauen. Es sind bedeutende Strömungen im Gange, die darauf hinarbeiten, das frühere deutschfreundliche Kabinett unter Anklage zu stellen. So arbeiten gewisse Kreise darauf hin, den früheren Marineminister Devol Pascha und den Erzgeneralissimus Erster Pascha vor ein Kriegsgericht zu bringen. Ferner trägt sich die jetzige türkische Regierung mit dem Gedanken, das arabische Problem zu lösen. Besondere Verlangen der arabischen Stämme und die Provinzen Syrien und Palästina seit langem ihre Unabhängigkeit. Diese Frage hat infolge der letzten Ereignisse für Syrien und Palästina ihre Lösung darin gefunden, daß England und Frankreich den Arabern eine Scheinunabhängigkeit versprochen hat.

Amerikanische Auffassung.

Paris, 16. Okt. Die „New Yorker Ztg.“ meldet aus Washington, daß die amerikanische Regierung am Sonntag zum erstenmal wieder Versammlungen mit der Forderung nach beschleunigtem Frieden zugelassen hat. Am letzten Sonntag wurden in New York fünf, in Chicago drei Versammlungen für eine schnelle Beendigung des Krieges und einen Verständigungsfrieden abgehalten, die nach einem Telegramm des Londoner „Daily Telegraph“ unzählige Tausende von Zuhörern hatten.

Paris, 15. Okt. (D.D.V.) Havas meldet aus Washington: Die Associated Press veröffentlicht gegenüber Gerüchten, daß die Antwort des deutschen Kanzlers die von Wilson gestellten Bedingungen annehme, eine autoritative Erklärung, in der das Publikum darauf aufmerksam gemacht wird, daß Deutschland nicht geneigt sei, den Krieg zu beendigen, indem es sich bedingungslos ergibt.

Deutsche Pressestimmen.

Die „Voss. Ztg.“ schreibt: Die deutsche Presse nimmt überwiegend den ersten Inhalt der deutschen Note mit erster Fassung auf. Eine Ausnahme machen nur die rechtsstehenden Blätter, die auch in der jetzigen Stunde ihren Parteieifer nicht zu zügeln wissen. Im besonderen Maße gilt das von der „Deutschen Zeitung“, die ihren Artikel „Ein Dokument der Schande“ überschreibt.

In der „Kreuzzeitung“ kommt, wie bisher, eine pflichtbewußtere Haltung zum Ausdruck. Das konservative Blatt verweist auf eine am Sonnabend erfolgte Kundgebung der konservativen Reichstagsfraktion, in der die Unverletzlichkeit des Reiches, als das unverrückbare Ziel bezeichnet wird, und fährt dann fort:

„Die Regierung hat im Einvernehmen mit allen maßgebenden Stellen die Wilsonschen Bedingungen angenommen. Die Gründe, aus denen dies geschehen ist, das Maß der Verantwortung im Einzelnen, die Erwägungen, aus denen die Konservative diesem Schritt nicht zustimmen konnten, entziehen sich zurzeit aus vaterländischen Rücksichten der Spreidung. Streit und Polemik darüber ist jetzt nicht am Platz und soll von uns durch Angriffe auf den Schritt der Regierung nicht entfacht werden. Es kommt jetzt alles auf die Frage an, was ist weiter zu tun? ... Die konservative Partei steht vor der neuen Aufgabe, als Oppositionspartei Kreise des Volkes zur Geltung zu bringen, auf deren geschäftlicher Ueberlieferung und Stellung nicht zuletzt die Größe des Reiches beruht hat, und die man jetzt in der schwersten Schicksalsstunde vermöge der Macht der Mehrheit und des sozialdemokratischen Druckes der Massen jedes Einflusses zu berauben für richtig hält. Sie ist sich dieser Aufgabe voll bewußt, und wird sich, um sie zu erfüllen, entschlossen auf den Boden der Entwiklung und der Tatsachen stellen, auch wo diese ihren Lauf gegen den konservativen Widerstand vollenden haben.“

Der Artikel schließt mit der Erklärung, es gelte in Heer und Volk den Willen zum äußersten Kampf und zum letzten Opfer lebendig zu erhalten.

Das stolze Schweigen.

Roman von H. Courths-Mahler.

16)

(Kontinuation.)

„Hm! Durch seine Heirat mit der Bauerntochter Maria Frische, späteren Baroness Trassenheide, hat Walte von Reinsberg seinen Sohn um das Anrecht gebracht, nach Onkel Heinz oder dessen Leibeserben Majoratsherr zu werden. Erst käme ich also dann an die Reihe. Zwischen mir und dem Majorat steht also nur noch ein Augenpaar — zwei Augen, die einem kraftlosen Vertreter des Geschlechts gehören. Nur noch zwei Augen.“

Als Walter mit seinem Gedankengang so weit gekommen war, sprang er plötzlich auf, wie auf der Flucht vor einem aufsteigenden furchtbaren Gedanken.

Schließlich blieb er vor dem Spiegel stehen und sah in sein blaßes Gesicht, in seine lodernen Augen hinein.

„Was meinst du, schöne Ruth von Gosel, würde ich dir als Majoratsherr von Reinsberg gefallen? Würdest du nicht lieber mir die Hand reichen, als Onkel Heinz mit seinen dreißigjährigen Jahren? Liebst du vielleicht doch Hans von Reinsberg, den robusten Sohn der Bauerntochter? Die Weiber lieben die starken Männer —; aber nein, sie lieben noch mehr die reichen. Reich muß man sein, um bei euch Glück zu haben. Als Majoratsherr sollte mir nicht bange sein, daß du dich meinen Wünschen fügest. Und dann wärest du mein, schöne Ruth, mit dem goldenen Nacken und dem herrlichen Haar. Mein! — Wie der Gedanke das Blut durch die Adern jagt! — Wie mein Blut nach dir gläht! Schöne Ruth, an deiner Schönheit und Jugend würde ich erstarren, würde gesunden! Hätte ich dich in meinen Armen, du Einzige — Herrliche — du warmes, lockendes Leben — dann würde ich gut und fromm — und stark.“

Wie von Sinnen streckte er die Arme aus nach seinem Spiegelbild, als sei es Ruth, als wollte er sie umfassen und an sich reißen. Aber seine Hände berührten das kalte Spiegelglas. Da sprang er auf und ließ die Arme schlaff hernieder sinken. Höhnisch grinste er sich selber an.

Von Neuerungen der Presse der Wehrheitsparteien sei wiedergegeben, was der „Vorwärts“ über die Frage der Räumung der besetzten Gebiete sagt:

„In ihrem Wortlaut scheint die zweite Frage Wilsons darauf hinauszuweisen, daß Deutschland noch vor Eintritt eines Waffenstillstandes die besetzten Gebiete räumen solle, ihr Sinn kann aber nur der sein, daß Deutschland vor dem Waffenstillstand die Räumung zulassen und sie mit seinem Eintritt beginnen soll. Die freiwillige Räumung vor dem Waffenstillstand ist ein Widerspruch in sich selbst, sie bedeutet den Verzicht auf Gegenwehr gegen die fortbauende feindliche Einwirkung, also etwas ganz Unmögliches. Will man die Frage vom Standpunkt der Ehre aus betrachten, so darf man nicht übersehen, daß die Sache ihre zwei Seiten und daß auch der Gegner keine Ehre hat. Wäre es „Schmach“, besetzte Gebiete freiwillig zu verlassen, so darf der Gegner die Zumutung, unter der Drohung feindlicher Waffen Friedensgespräche zu führen, mit noch größerem Recht als eine Schmach für sich betrachten.“

Aus Hamburg meldet unser Korrespondent, daß dort die Antwortnote durch Extrablätter verbreitet wurde und überall tiefen Eindruck hervorrief. Sämtliche Hamburger Blätter stimmen ihrem Inhalt zu. Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben: „Der jetzigen Regierung wollen wir wegen dieser Note, für die sie die volle Verantwortung trägt, keinen Vorwurf machen. Was gekommen ist, hat sie als Regierung nicht heraufbeschworen. Daran tragen vielmehr ihre Vorgängerinnen, besonders die kraftlose, von Anbeginn jagende Regierung des Herrn von Bethmann-Hollweg die Schuld, die drei Kriegsjahre hindurch die Geschicke des deutschen Reiches lenkte, nachdem er schon vorher bewiesen hatte, daß er dieser Aufgabe nicht gewachsen war.“ Die deutschen Seere sind nicht besetzt und nicht überwunden. Nur unsere Politik hat während des ganzen Krieges versagt. Wenn es jetzt also der deutschen Politik gelingt, aus den Leistungen des deutschen Volkes an den Fronten und in der Heimat für den Friedensschluß die rechten Folgerungen zu ziehen, so wollen wir ihr unsere Anerkennung nicht versagen.“ Auch das „Hamburger Fremdenblatt“ erinnert an den beispiellosen Erfolg unserer Abwehr und sagt: „Die Art, wie die vorgelegene gemischte Kommission den ungestrebten Waffenstillstand zustande bringen wird, muß gleichzeitig für uns den ersten Beweis erbringen, ob das von unserer Regierung dem amerikanischen Präsidenten entgegengebrachte Vertrauen gerechtfertigt war oder nicht. Es ist im übrigen selbstverständlich, daß die Räumung nicht während des Kampfes, sondern erst nach Abschluß des Waffenstillstandes vollzogen werden kann oder daß zwischen der gegenwärtigen Lage und dem eigentlichen Waffenstillstand ein Zwischenstadium der Waffenruhe eintreten muß, in dem die Räumung sich vollzieht. Der „Hamburger Korrespondent“ bemerkt: „Wir begrüßen es ungemein, daß man die Frage noch einmal erhebt, ob die mit den Vereinigten Staaten verbündeten Mächte auch auf dem Boden der Wilsonschen Grundzüge stehen; denn wir haben oft gesehen, daß die Zustimmung, die unsere Feinde Wilsons Ausführungen gaben, oftmals nicht gerade einmütig gewesen war. Gerade in den letzten Tagen war in den Presseäußerungen der verschiedenen uns feindlichen Länder eine sehr unterschiedliche Abstufung zu bemerken, wenn auch wohl über die allgemeinen Richtlinien Klarheit herrschte mochte. Auf jeden Fall erhebt unsere Frage eine Beantwortung, und Wilson wird deshalb wohl bei den Alliierten erst einzeln anfragen müssen. Es kann sein, daß dadurch seine Rückantwort etwas verzögert wird.“

Die dem sozialistischen Reichstagsabgeordneten Meerfeld nahestehende „Rheinische Zeitung“ erklärt: „Deutschland ist noch nicht besiegt, seine völlige Niederwerfung ist ganz unmöglich. Die Bolschewisten wissen heute, was auf dem Spiele steht, und die furchtbarsten Folgen einer Niederlage würden sie mit jener gewaltig gesteigerten Kraft abzuwenden suchen, die sie aus den umwälzenden inneren Reformen schöpfen. Die Augen ganz Deutschlands sind nunmehr auf Wilson gerichtet. Rechtfertigt er das Vertrauen, das ihm die deutsche Regierung entgegenbringt, so werden wir ihm zugleich dankbar abzugeben haben, was ihm seit zwei Jahren von allerhand Schwärmern innerhalb unserer Grenzpfähle angetan worden ist.“

Die „Adriatische Volkszeitung“ schreibt: Es muß bei Beurteilung dieses sicherlichen ernsten und dem deutschen Volke nicht leicht eingehenden Beschlusses im Auge behalten werden, daß die obersten militärischen Führer ihr Votum mit entscheidend in die Waagschale geworfen haben, so daß es sich also um einen von allen maßgebenden Faktoren gebilligten Schritt handelt. Es bleibt nun abzuwarten, wie die Ver-

„Den armen Schlucker aber würdest du auslachen — ich bin ja nicht der reiche Majoratsherr. Aber wehe dem, der dich heimführt — ich reiße ihn — ich reiße ihn und töte ihn. Ich gönne dich keinem — keinem.“

Und mit einem Aufschöhnen sank er in sich zusammen und barg das zudende, leidenschaftsurchwühlte Gesicht in den Händen.

Walter von Reinsberg lag noch lange so, und wilde unheimliche Gedanken erfüllten seine Seele. Schließlich wurde ihm selber dange vor diesen Gedanken. Er sprang auf, nahm Hut und Pelz und eilte ins Freie, wie auf der Flucht vor sich selbst. Ohne ein bestimmtes Ziel lief er durch die Straßen und fand plötzlich vor der Wohnung seines Veters. Es war an einem Sonntag. Möglicherweise war Hans zu Hause.

„Ich muß ihn mir doch einmal ansehen unter den veränderten Gesichtspunkten, den Sohn der Bauerntochter“, dachte er und stieg die Treppe empor. Hans wohnte in der ersten Etage dieses Hauses bei einer Beamtenwidwe.

Walter klingelte. Ein Dienstmädchen öffnete. „Ist Doktor von Reinsberg zu Hause?“ fragte er. Das Mädchen nickte eifrig.

„Ja, der Herr Doktor ist in seinem Zimmer.“ Walter schob das Mädchen beiseite. Es konnte ihm schon und ließ ihn gewähren. Walter klopfte an des Veters Tür und trat auf dessen Zurs.

Nicht sehr erfreut, blinzte Hans von seiner Arbeit auf. Er ließ sich nicht gern hören. Aber er begrüßte den Vetter doch höflich.

„Bistest du selbst heute, am Sonntag? Es heißt doch: Du sollst den Sonntag heiligen.“

„Ich heilige ihn durch meine Arbeit, denn sie ist mir Vergnügen. Bitte, nimm Platz.“

Er räunte einige Bücher beiseite, und Walter ließ sich nieder, nachdem er Hut und Pelz abgelegt hatte. Dann bot er ihm Zigaretten und ein Glas Wein an.

Walter zündete sich eine Zigarette an und trank häufig ein Glas Wein, um sich zu erwärmen. Dann sah er mit einem seltsam forschenden Blick in des Veters Gesicht.

Dieser lachte.

bündelten Wilsons sich zu der geschaffenen Grundlage stellen werden.“

Neutrale Stimmen.

Amsterdam, 15. Okt. Die in ganz Holland mit höchster Spannung erwartete Antwort an den Präsidenten Wilson traf im Haag spät abends ein und wurde in den Theatern, Lichtspielhäusern und durch Extrablätter verkündet. Die Antwort rief eine freudige Stimmung hervor. Noch nach Mitternacht waren die Kaffees gegen die Gewohnheit Haags überdroll und die Straßen voller diskutierender Gruppen. Soweit heute Kommentare vorliegen, scheint die holländische Presse Deutschlands Entgegenkommen größer zu finden, als man zu hoffen wagte. „Vaterland“ schreibt, die Antwort bedeute die unumwundene Annahme der Bedingungen Wilsons, der nun hoffentlich den Bundesgenossen einen Waffenstillstand vorschlagen werde. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ lobt Form und Inhalt der Note. Sie seien sehr glücklich gewählt. Auf alle Fragen Wilsons sei ein unzweideutiges „Ja“ erfolgt. Selbst in der Waffenstillstandsfrage gehe Deutschland so weit, daß man ehrlicher Weise nicht mehr erwarten konnte. „Maasbode“ nennt die Antwort kurz, laßlich und von demselben Geiste eingegeben, von dem auch Deutschlands erstes Friedensangebot durchdrungen war. „Nieuws van den Dag“ schreibt: „Man war bereits ziemlich optimistisch geworden, ohne sich über den Grund hierzu Rechenschaft zu geben. Soviel jedoch hat man kaum erwartet. Keine Rückfrage nach näheren Erläuterungen, kein Jögern, keine Drohung für den Fall, daß von Deutschland etwas Unmögliches verlangt werde.“ „Dies ist noch nicht der Friede“, fährt das Blatt fort. „Wilson hat gesagt, daß die Zentralmächte erst die besetzten Gebiete räumen müßten, und eine Warnung ist vielleicht angebracht. Denn von genauer Seite wurde zu erkennen gegeben, daß die Abschließung eines Waffenstillstandes eine militärische Angelegenheit und keine politische ist.“ In diesem Zusammenhang weist das Blatt auf die kürzlichen Reden in den Entente-Ländern und die Aufregung hin, die durch die jüngsten U-Bootereignisse hervorgerufen wurde, glaubt aber, daß, wenn Wilson in eigenen Land die Macht in seiner Hand zu halten versieht, die Verbündeten ohne ihn den Kampf nicht fortsetzen können.

Kopenhagen, 15. Oktober. „Berlingske Tidende“ schreibt zu Deutschlands Antwort: „Die Antwort enthält ein weitgehendes Entgegenkommen. Sie ist klar und unzweideutig. Aber die uns alle interessierende Frage, ob der Friede bald kommt, kann nicht direkt bejaht werden. Es werden viele Tempi eintreten. Wir dürfen nicht vergessen, daß von Anfang bis Ende tausend Gefahren den Friedensweg umlauern. Doch man darf sicher annehmen, daß der Friedenswille, den Deutschland durch seine Antwort an den Tag legte, von nun ab zum Frieden führen wird.“

„Socialdemokraten“ meint sehr optimistisch: Diese Antwort muß den Weltfrieden bedeuten. Sie enthält ein reines und klares „Ja“ auf Wilsons Fragen. Ist erst der Waffenstillstand geschlossen, dann wird es fast unmöglich sein, den Krieg weiterzuführen. Natürlich werden viele Schwierigkeiten bei der Waffenstillstandsdurchführung und den Friedensverhandlungen entstehen. Wer soll Rußland auf dem Weltfriedenskongreß vertreten, da die Sowjetrepublik nur von den Mittelmächten anerkannt ist? Aber prinzipiell muß man den Frieden als geschlossen ansehen. Die Menschheit wird heute befreit auslachen.“

Ein Schritt zum Ziele

Das hohe Ideal, das der Präsident der Vereinigten Staaten in diesem Kriege aufgestellt hat, ist das Ziel Eines dauernden Rechtsfriedens. Die deutsche Regierung hat schon vor der Neuordnung der Dinge, wie wir sie jetzt haben, wiederholt grundsätzlich diesem Ideal zugestimmt, aber den Weg zu seiner praktischen Durchführung hat erst die gegenwärtige Regierung beschritten. Die Antwortnote auf die Fragen des Präsidenten Wilson bedeutet das Wichtigste, was in dieser Beziehung von deutscher Seite geschehen ist. Unsere Antworten sind klar und eindeutig, aber zugleich von höchster politischer Bedeutung und Verantwortung. Im besonderen ist die Zustimmung zu der Forderung der Räumung der besetzten Gebiete eine so schwerwiegende Entscheidung, daß sie nicht gefaßt werden konnte, ohne die Zustimmung aller militärisch und politisch nur irgendwie als maßgebend in Frage kommenden Stellen. Wir erfahren denn auch, daß, wie zu der ganzen Angelegenheit, besonders zu der Räumungsfrage, die Oberste Heeresleitung, das Kriegskabinet, sämtliche Staatssekretäre, das preussische Staats-

„Du präparierst dich wohl für das Amt eines Untersuchungsrichters. Walter? Siehst mich an, als wollest du mir bis ins Herz hinein sehen.“

Walter lachte höhnisch.

„Ja, ja — so ein Untersuchungsrichterbild ist mandant unangenehm. Aber du hast ihn doch nicht zu fürchten. So mal, beschickst du eigentlich ein Bild von deiner verstorbenen Mutter?“

Erstaukt sah ihn Hans an.

„Von meiner Mutter? Allerdings — sogar mehrere Bilder, aus verschiedenen Zeitaltern. Warum fragst du danach?“

„Ich möchte diese Bilder gern einmal betrachten, wenn es dir keine Umstände macht.“

„Umstände macht mir das nicht. Ich habe sie hier in meinem Schreibtisch. Aber warum willst du diese Bilder sehen?“

„Weil ich wissen möchte, ob du deiner Mutter gleich. Ich kann mich nicht mehr auf sie besinnen, habe sie überhaupt nur selten und flüchtig gesehen. Meines Erachtens nach müßtest du ihr gleichen. Ein Reinsberg bist du in deinem Aussehen nicht, deinem Vater bist du nicht ähnlich.“

„Allerdings nur wenig. Stirn und Augen habe ich vom Vater. Sonst gleiche ich meiner Mutter viel mehr.“

Und unbefangen entnahm Hans seinem Schreibtisch ein Kästchen, in dem er Andenken an seine verstorbenen Eltern verwahrte. Darunter auch Photographien. Einige davon legte er Walter vor. Dieser sah aufmerksam darauf nieder.

Er sah die Mutter seines Veters als etwa zwölfjähriges Kind, als Bodisch, als Braut, als junge Frau, als Mutter mit Hans auf dem Arm und dann hoch verschiedene Bilder als reife Frau und Matrone.

„Ja, ja — also deiner Mutter hast du entlichend deine kräftige Konstitution zu verdanken. Ich dachte es Erziehung.“

(Fortsetzung folgt)

...rium und der Bundesrat für auswärtige Angelegenheiten einmütig ihre Billigung gegeben haben. Dadurch fällt das deutsche Volk jeden Zweifel und jedes Bedenken fallen lassen. Es war nur möglich, aber, wie wir schon, auch zugleich notwendig, die Räumungsfrage zu räumen, wenn eben ausschließlich das hohe Ideal des Rechtsfriedens die deutsche Politik wie die der Vereinigten Staaten leiten soll. Im übrigen kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Zustimmung zur Räumung die Selbstbestimmtheit voraussetzt, daß mit der Räumung zugleich Waffenstillstand beginnt. Wir glauben auch zu wissen, daß die deutsche Regierung immer im Interesse eines dauernden Rechtsfriedens bestimmte Grenzgebiete, wie Elb-Lothcingebiet in ihrer Nationalzugehörigkeit zur Diskussion am Friedenstisch zulassen wird. Das wird nicht nur geschehen, um das Friedensprogramm Wilsons gerecht zu werden, sondern allem und zunächst, um dem Ziele eines dauernden Rechtsfriedens näherzukommen. Der Weg zu diesem großen Ziel ohne Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten müssen um größer werden, je weniger wir im Innern und in unersetzlicher Weise nach außen einheitslich und geschlossen bleiben. Man muß eine zielbare Politik nicht treiben, wenn man nicht ein Ziel und in sich geschlossen ist. Die neueste Rumpelregierung deshalb die lebhaftesten Bedenken gerade im Interesse eines dauernden und gerechten Friedens. Sie ist entstanden aus einem Brief, den der gegenwärtige Reichsminister vor einem Jahre an den Prinzen von Hohenzollern in der Schweiz gerichtet hat und der in der Tat manches enthält, was zum gegenwärtigen Regierungsprogramm wenig paßt. Wir haben das Vertrauen zu dem gegenwärtigen Reichsminister und zu den Parteien des Reichstages, daß sie die Mißverständnisse so oder so aus dem Wege räumen werden und daß das hohe Ideal eines dauernden Rechtsfriedens über alles andere stellen.

Massenprozeß gegen 600 Einwohner aus Kassel wegen verbotener Hauserschlagungen (Sie hatten Strafmandate über je 60 bis 1500 Mark erhalten) auf kostenlose Freisprechung erkannt. Die Angeklagten hatten außerhalb des städtischen Schlachthofs ihre Schweine in einem Nachbarort schlachten lassen, ohne hierzu die Genehmigung eingeholt zu haben. Sie machten geltend, sie hätten schlachten müssen, um leben zu können; im städtischen Schlachthaus hätten sie aber wegen Ueberfüllung nicht schlachten lassen können.

Berlin, 15. Okt. (Aufhebung einer Berliner Brotmarkenhandlung.) Eine der verbrecherischen Brotmarkenverkaufszentralen wurde am gestrigen Sonntag von der Berliner Polizei hinter Schloß und Riegel gebracht. In einem Haus des Berliner Ostens lebte ein Schneidermeister Henke mit Frau und Sohn in sonst bescheidenen Verhältnissen. Diese besserten sich plötzlich so auffallend, daß es den Neid der Nachbarschaft erregte. Man kam bald und halb hinter die Quelle der Aufbesserung, und die Polizei erhielt einen Wink. Henkes 16jähriger Sohn hatte Beschäftigung in einer Druckerei erhalten. In dieser sah er Reisebrotmarken, die der Vater in den Handel brachte. Bei der Durchsicht der Wohnung fanden die Beamten zwar nur wenige Karten, auch einige Speisefettkarten, aber 15 000 Mark Bargeld. Während die verhaftete Familie nach der Polizei verbracht wurden, kam plötzlich der kleine Sohn der Pförtnerin mit einem Paket zur Mutter, das er beim Spielen auf dem Hof gefunden hatte. Die Frau öffnete es und fand nicht weniger als 50 000 Mark Bargeld darin. Es wurde dann festgestellt, daß Henke, der auf eine Hausdurchsuchung gefaßt war, diesen verächtlichen Schatz unbemerkt aus dem Fenster geworfen hatte. Er gibt zu, daß alles aus dem Handel mit den gestohlenen Brotmarken stammt. Für jede Karte nahm er drei Mark. Eine Zwischenperson, die ebenfalls verhaftet wurde, hat die Brotmarken für 4,50 bis 6 Mark weiter verkauft.



Drei Helden Spee
gaben mütig ihr Leben fürs Vaterland. Wollt Du zurücksehen, wenn die neunten Kriegsanleihe Dich an Deine Zeichnungspflicht erinnert?

Leih' Euer Geld dem Vaterland!

Lokaler und vermischter Teil.
Limburg, den 16. Oktober 1918

Nachahmenswert. Die Fr. m. Joseph Müller, Seifenfabrik, hat gewährt ihren Angestellten und Arbeitern bei Bezahlung von Kriegsanleihe auch diesmal wieder einen Beitrag von 10% des gezahlten Betrages, sowie Wohnkostzuschüsse.

Theater in der „Alten Post“. Auf die moralisierende Eröffnungsvorstellung sei besonders aufmerksam gemacht. — Vene Obermeyer spielt die Hauptrolle in dem Lustspiel „Durch die Intendanz“. Ferner sind beschäftigt Frau Stein und Frau. Gatten, sowie die Herren Ulrich, Bart und Dietrich.

Kriegsbeschädigtenansiedlung in Hessen-Kassau. Der Kommunalrat für den Regierungsbezirk Kassel beschloß einmütig, einen Antrag des Landesauswärtigen anzunehmen, wonach zwecks Ansiedlung von Kriegsbeschädigten, Kriegswitwen mit Kindern, sonstigen Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern im großen Maßstabe und heimlicher ländlicher Arbeiter im Regierungsbezirk Kassel die Bezirksverwaltung ermächtigt wird, gemeinschaftlich mit der Staatsregierung und der Landesversicherungsanstalt Hessen-Kassau sich mit einer Stammeinlage von 250 000 Mark an der Hessischen Siedlungs-Gesellschaft m. b. H. zu beteiligen. Die Staatsregierung gewährt in diesem Falle einen Zuschuß von 250 000 Mark und die Landesversicherungsanstalt Hessen-Kassau beteiligt sich mit zunächst 50 000 Mark an dem gemeinsamen Unternehmen, das zur Besiedelung erforderliche Land billigst beschafft und zum Selbstkostenpreise Ansiedlern zur Verfügung stellt. Zunächst kommen 2600 Hektar fiskalischen Streuparzellenlandes der Domänen für die Ansiedlungen in Betracht.

Weinbojott in Bayern. Wie aus München gemeldet wird, haben, um dem Kriegswucher im Weinhandel zu steuern, die Münchener Weinwirte und anschießend die bayerischen Weinwirte einen Weinbojott beschlossen.

Frankfurt, 15. Okt. (Ein Rappiel zum Prozeß Philipp.) Am Obergerichtsgericht des stellvertretenden 18. Armeekorps hat die Berufungsverhandlung gegen eine größere Anzahl von früher zum Pionier-Heerespark in Mainz gehörigen Unteroffizieren und Mannschaften begonnen, die zu der Zeit des inzwischen rechtskräftig verurteilten Philipp von Liefernden Firmen Schmiegelder angenommen bezw. sich bei Lieferungen sich des Preiswunders schuldig gemacht zu haben. Neben Hauptmann Philipp waren noch 24 Mann angeklagt, von denen 13 vom Gouvernementsgericht in Mainz verurteilt worden sind. Ein Unteroffizier, bei dem eine Befehlsumme von 200 000 Mark festgestellt wurde, hat zwei Jahre und drei Monate Gefängnis erhalten. Berufung ist vom Gerichtsherrn und von den Angeklagten eingelegt worden. Zu der Verhandlung sind über 100 Zeugen und Sachverständige geladen. Man rechnet mit einer Verhandlungsdauer von einem Monat. Verhandlungsführer ist geheimer und Oberkriegsgerichtsrat Fischer. Die Anklage wird vertreten durch Kriegsgerichtsrat Dr. Hermann, Rechtsanwältin in Frankfurt, während den Angeklagten eine größere Anzahl Frankfurter und Mainzer Rechtsanwälte zur Seite stehen.

Aus der Welt, 15. Okt. Ein Landwirt wollte frohen Mutes mit Säublarren und darauf einen Sad Frucht in die Mühle fahren. Da aber tliche Meter von der Mühle entfernt ein Hilfsgebar den Landwirt mit den Worten empfing: „Die Frucht wird Ihnen beschlagnahmt!“ warf sich der Landwirt auf den Sad und sagte: „Ich kann und darf doch meine Frucht spazieren fahren!“ und fuhr nach kurzen Auseinandersetzungen seine Frucht auf einem anderen Weg wieder nach Hause.

Kassel, 15. Okt. (Massen-Freisprechung von der Anklage verbotener Hauserschlagungen.) Die Kasseler Strafkammer hat als Berufungsinstanz in einem

Königsberg, 15. Okt. (Nur nicht verblüffen lassen.) Vor einiger Zeit wurde einer Dame in Königsberg i. Pr. eine Handtasche gestohlen, in der sich ein Sparkasten über einen größeren Geldbetrag befand. Die Dame ließ das Buch sofort sperren. Nach einigen Tagen erschien kurz vor Schalterstuhle in einer der Nebenstellen der Sparkasse ein Mädchen, legte das gestohlene Buch vor und wollte darauf 400 Mark abheben. Der Beamte erklärte, daß das Buch gesperrt sei, behielt das Buch zurück, ließ aber merkwürdigerweise die Vorzeigerin laufen. Diese ging kurz entschlossen zu der Besitzerin des Sparkastens, erklärte ihr, daß sie das Buch gefunden und auf der Sparkasse abgegeben habe, und erhielt von der erstreuten Besitzerin eine Belohnung von 50 Mark.

Gasangriff gegen Ungezieser. In den Leopoldslaternen in Kassel wurde das Ungeziefer durch Vergasung vertilgt. Es wurden in allen Räumen Bottiche mit Gasbottichen aufgestellt, die Fenster geschlossen und darauf ließ man die Gase ausströmen. Die Angehörigen des Arbeitskommandos, die die Berrichtungen vornahmen, waren mit Gasmasken und Sauerstoffbehältern ausgerüstet. Man ließ das Gas 12 Stunden lang einwirken; dann zeigte sich, daß alles Ungeziefer, vom Floh bis zur Ratte vernichtet war. Als man die Gase wieder abziehen ließ, waren die Wohnungen der Umgegend geräuchert. Spähen und Tauben, die in die Nähe der Gassone kamen, fanden den Tod.

Amtlicher Teil.
(Nr. 241 vom 16. Oktober 1918)

Beschluß.
Auf Grund der §§ 39 und 40 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 hat der Bezirksausschuß in seiner Sitzung vom 9. Oktober 1918 beschlossen, die Schonzeit für Rebhühner für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden auf das ganze Jahr auszudehnen. Bezüglich der Rebhühner, Wachteln und sprottlichen Moorhühner soll es bei dem gesetzlichen Beginne der Schonzeit — 1. Dezember — verbleiben.
Wiesbaden, den 9. Oktober 1918.
B. N. 466/3/18. Der Bezirksausschuß.

Für die Bucheckernsammlung sind im Kreise Limburg folgende Verkaufsstellen für alle Sammler (also auch für die Schulkammern) eingerichtet:
1. Kasseisenlagerhaus in Camberg;
2. Kasseisenlagerhaus in Niederbrechen;
3. Firma Bille u. Meyer in Limburg;
4. Seifenfabrik Jakob Schranzen in Hadamar.
Von diesen Verkaufsstellen werden über die bei ihnen abgelieferten Bucheckernmengen Quittungen ausgestellt, auf Grund welcher der Reisausschuß die Schlagscheine ausfertigt.
Näheres über die Beschlagnahme und Preise der Bucheckern wird noch im Kreisblatt bekannt gegeben.
Limburg, den 12. Oktober 1918.
Der Landrat.

Die Herren Bürgermeister von Altbach, Ellar, Erbach, Faulbach, Friedhofen, Heudelheim, Malmeneich, Raubheim, Oberkellers, Offenim, Staffell, Thalheim, Waldmannshausen, erfunde ich, die im laufenden Jahre umgetauschten Quittungslarten baldmöglichst an die Landesversicherungsanstalt in Cassel abzuführen.
Limburg, den 11. Oktober 1918.
Königl. Versicherungsamt des Kreises Limburg.
Der Vorsitzende.

Öffentliche Bekanntmachung.
Bekanntmachung der Gesellschaften zur außerordentlichen Kriegsanleihe Nr. 1918.

Auf Grund des § 34 Absatz 2 des Kriegsteuergesetzes Nr. 1918 werden hiermit
a) die Vorstände, persönlich haftenden Gesellschafter, Mandatanten, Geschäftsführer und Liquidatoren aller inländischen Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Bergwerksvereine und anderer Bergbau treibenden Vereinigungen, letztere jedoch so die Rechte juristischer Personen haben, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und eingetragenen Genossenschaften,
b) die Vorsteher der inländischen Niederlassungen aller Gesellschaften der vorbenannten Art, die ihren Sitz im Ausland haben, aber im Inland einen Geschäftsbetrieb unterhalten,
im Bekannungsbezirk aufgeföhrt, die Kriegsteuerverklärung nach dem vorgeschriebenen Muster in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1918 dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abgegeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Für Gesellschaften, deren viertes Kriegsgeschäftsjahr auf dem 31. März 1918 endet, erstreckt sich die Frist auf sechs Monate nach Ablauf dieses Geschäftsjahrs.
Die oben bezeichneten Personen sind zur Abgabe der Kriegsteuerverklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Bordruck nicht zugegangen ist. Auf Verlangen wird jedem Pflichtigen der vorgeschriebene Bordruck von heute ab im Amtsal des Unterzeichneten kostenlos verabfolgt.
Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Pflichtigen zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten während der Geschäftsstunden in seinem Amtsal entgegengenommen.
Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Vermögenserklärung verläßt, ist gemäß § 54 des Kriegsteuergesetzes mit Geldstrafe bis zu 500 Mark zu der Abgabe anzuhalten; auch hat er einen Zuschlag von 5 bis 10 Prozent der geschuldeten Steuer zu erwirken.
Wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben in der Kriegsteuerverklärung sind in den §§ 33 bis 35 des Kriegsteuergesetzes mit Geldstrafen und gegebenenfalls mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Verlußt der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht.
Limburg, den 20. September 1918.
Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Bekannungs-Kommission.

Öffentliche Bekanntmachung.
Bekanntmachung der außerordentlichen Kriegsanleihe Nr. 1918.

Auf Grund des § 34 Absatz 1 des Kriegsteuergesetzes Nr. 1918 werden hiermit alle Personen, im Bekannungsbezirk mit einem Vermögen von mehr als 100 000 Mark, bei denen eine Vermögensfeststellung auf den 31. Dezember 1916 nicht stattgefunden hat oder bei denen das Vermögen nach diesem Tage durch einen im § 8 Absatz 1 Nr. 1 oder 2 des Kriegsteuergesetzes vom 21. Juni 1916 bezeichneten Vermögensanfall bis zu mehr als 5000 Mark vermehrt hat, aufgefordert, eine Vermögenserklärung nach dem vorgeschriebenen Muster in der Zeit vom 1. bis 31. Oktober 1918 dem Unterzeichneten schriftlich oder zu Protokoll unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.
Auf Verlangen wird jedem Pflichtigen das vorgeschriebene Formular von heute ab im Amtsal des Unterzeichneten kostenlos verabfolgt.

Die Einreichung schriftlicher Erklärungen durch die Pflichtigen zulässig, geschieht aber auf Gefahr des Absenders und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefs. Mündliche Erklärungen werden von dem Unterzeichneten während der Geschäftsstunden in seinem Amtsal zu Protokoll entgegengenommen.
Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Vermögenserklärung verläßt, ist gemäß § 54 des Kriegsteuergesetzes mit Geldstrafe bis zu 500 Mark zu der Abgabe anzuhalten; auch hat er einen Zuschlag von 5 bis 10 Prozent der geschuldeten Steuer zu erwirken.
Wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben in der Vermögenserklärung sind in den §§ 33 bis 35 des Kriegsteuergesetzes mit Geldstrafen und gegebenenfalls mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Verlußt der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht.
Limburg, den 24. September 1918.
Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Bekannungs-Kommission.

Bekanntmachung.
betreffend die Ueberführung der Fünftausendzwanzigpfennig-Räder aus Nidel.

Vom 1. August 1918.
Der Bundesrat hat auf Grund des § 14 Nr. 1 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 607) und des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:
§ 1. Die Fünftausendzwanzigpfennig-Räder aus Nidel sind einzuziehen. Sie gelten vom 1. Oktober 1918 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesem Zeitpunkt ab ist außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen.
§ 2. Bis zum 1. Januar 1919 werden Fünftausendzwanzigpfennig-Räder aus Nidel bei den Reichs- und Landesbanken in fremen gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichsbanknoten, Reichslosgeldscheine oder Landeslosgeldscheine und bei Beträgen unter einer Mark gegen Bargeld umgetauscht.
§ 3. Die Verpflichtung zur Annahme mit zum Umkreis (§ 2) Nidel auf durchgeführte und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verbrachte sowie auf verfallene Münzstücke keine Annahme.
Berlin, den 1. August 1918.
Der Reichskanzler.

Bei dem dringenden Bedarf an Fanden im Herde ist es geboten, sämtliche aufgefundenen und herrenlosen Hunde, statt sie zu töten, der Heeresverwaltung zur Verfügung zu stellen. Auch in Volkswirtschaften aufgefundenen herrenlosen Hunde können unbedingt der Heeresverwaltung übergeben werden. Die Gefahr einer Verdrückung etwaiger Seuchen besteht nicht, da die Hunde vor Abgabe an die Weidewirtschaften zunächst in Quarantäneställen beobachtet werden.
Anmeldungen eingekaufter herrenloser Hunde aus dem hiesigen Kreise sind an die Kreisheeresverwaltung Wiesbaden, Leiter Fabrikant A. C. Kusch in Wiesbaden, Wilhelmsstraße, zu richten.
Nach Anmeldung werden die Tiere durch eine Obmannung gegen Empfangsbescheinigung abgeholt werden.
Limburg, den 27. Juni 1918.
B. 1472. Der Landrat.

(Schluß des amtlichen Teils.)



Landwirte
reinigt und beizt das Saatgut!

Werbung für die 9. Kriegsanleihe.

Die Mitglieder der Werbekommission der 9. Kriegsanleihe haben die persönliche Werbearbeit von Haus zu Haus, von Familie zu Familie aufgenommen. Sie werden im vaterländischen Interesse zur Zeichnung anregen und in allen Fragen der Kriegsanleihe Rat und Auskunft erteilen; auch sind sie bereit, Zeichnungen auf den amtlichen Zeichnungsformularen entgegenzunehmen, die sie alsdann an diejenige Zeichnungsstelle weitergeben, wo die Zeichnung gemacht wird, und sind ermächtigt, bei Zeichnung kleinerer Beträge gegen Ausweisklein diese Beträge zur Weiterführung an die Kasse der Landesbank in Empfang zu nehmen.

Zum Zwecke dieser Werbung ist die Stadt wiederum in 22 Bezirke eingeteilt und sind jedem Bezirk die nachstehenden Mitglieder der Werbekommission als Vertrauensleute zugeteilt:

1. Bezirk Brückenstadt: Herr Landeswegemeister Knüppler, Herr Oberpostassistent Priester, Herr Landwirt Willi Schmidt, Herr Rechnungsrat Laibach.

2. Frankfurterstraße, Schloßweg: Herr Postdirektor Ehrhard.

3. Neumarkt, Untergasse: Herr Kaufmann Mölgen, Herr Spej, Kommiss. Oberlehrer Schäfer, Herr Stadtverordneter Frank.

4. Wernerjägerstraße, Flathenbergstraße: Herr Lehrer Rieth, Herr Lehrer J. Schönberger.

5. Wiesenstraße, Hochstraße, Holzheimerstraße, Blumenröderstraße, Wiesstraße, Stephanshügel, Am Riffel, Hübnerstraße, Moritz-Hillstraße: Herr Eisenbahndirektor Weisner, Herr Verkehrskontrolleur Schneider, Herr techn. Eisenbahnschreiber Steuermagel, Herr Oberbahnassistent Schmelz, Herr Werkführer Reinhardt, Herr Werkführer Zimmermann.

6. Kufstraßen: Herr Sparassistententendant Grammel, Herr Kreisbauinspektor Bölling.

7. Marktstraße, Wörthstraße, Dr. Wolffstraße: Herr Studienrat Reutlinger, Herr Studienrat Dr. Hoffstein.

8. Hallgartenweg, Rohrweg, Weitersteinstraße: Herr Dr. Rauter, Herr Oberlehrer Reichert.

9. Bischofsplatz, Postmarktstraße, Kirchgasse: Herr Domkapitular Geistl. Rat Stadtpfarrer Fendel, Herr Kandidat Meier.

10. Obere Diegerstraße, von der Schaumburgerstraße an: Herr Rechnungsrat Hofmann, Herr Oberlehrer Reichwein, Herr Protokollist Becker.

11. Obere Schiede: Herr Delau Obmann, Herr Hilfsprediger Grün.

12. Bezirk Parkstraße, Walderdorffstraße: Herr Oberstadtsekretär Benz, Herr Stadtrichter Hipberger.

13. Bezirk Bahnhofsstraße, Bahnhofplatz, Graupfortstraße, Kornmarkt: Herr Studienrat Fiegel, Herr Kaufmann Grandpre jr., Herr Kaufmann Verlaue.

14. Bezirk Untere Schiede: Herr Geh. Justizrat Malmros.

15. Bezirk Oraniensteinweg, Josephstraße, Friedhofsweg, Schaumburgerstraße, Kalk, Griftstraße, Schlittstraße, Wäldtstraße: Herr Stadtverordneter Krumm, Herr Oberlehrer Dr. Dittmering.

16. Bezirk Diegerstraße (von der Schiede bis Schaumburgerstraße) Gymnasiumsplatz, Schloßbergstraße: Herr Gymnasialdirektor Studienrat Dr. Jöris, Herr Studienrat Michel.

17. Bezirk Warfängerstraße, Salzgasse, Obere Fleischgasse: Herr Metzgermeister Stahl, Herr Lehrer S. Schönberger.

18. Bezirk Blöde: Herr Hauptlehrer Lewy, Herr Lehrer Gortke.

19. Bezirk Untere Fleischgasse, Hospitalstraße: Fräulein Lehrerin Kraft, Fräulein Lehrerin Dillmann.

20. Bezirk Schlenker, Wallstraße, Gartenstraße: Herr Maschinenfabrikant Karl Scheid sen., Herr Lehrer Brüd.

21. Bezirk Wälsche, Brückengasse, Fischmarkt, Löhrstraße: Herr Lehrer Becker, Herr Lehrer Hoffeld.

22. Bezirk Untere und Obere Grabenstraße, Diegerstraße (von der Unteren Grabenstraße bis Obere Schiede): Die von dem nationalen Frauenbunde und dem diesem angeschlossenen Frauenverein beauftragten Damen.

Ich richte die freundliche Bitte an alle Bewohner der Stadt, den Damen und Herren, welche in selbstloser vaterländischer Gesinnung die Mühe der Werbearbeit hierüber übernommen haben, durch persönliches und sachliches Entgegenkommen ihre Aufgaben zu erleichtern, damit durch Mitwirkung und vaterländische Pflanzung aller, die in diesen Schicksalsstunden unseres Volkes mehr denn je von Jedem erwartet werden muß, der sein Vaterland liebt, auch in der Stadt Limburg wiederum ein guter Zeichnungserfolg wie bisher erzielt wird.

Limburg, den 13. Oktober 1918. 7(241)

Der Vorsitzende der Werbekommission für die Stadt Limburg.

Harten, Bürgermeister.

Mädchenfortbildungsschule Limburg.

Die neuen Kurse beginnen am Montag, den 23. Oktober, vormittags 9 Uhr im Schloß. Anmeldungen nehmen bis zum 21. Oktober entgegen der Schulleiter Herr Rektor M. H. S. (täglich 11 bis 12 Uhr im Dienzimmer der Wernerjägerstraße) sowie die Erste Lehrerin Fr. M. v. d. D. (täglich 11 bis 12 Uhr in ihrer Wohnung, Marktstraße 4). Bei der Anmeldung sind 3 Mk. auf das Schulgeld anzuzahlen. 3(241)

Der Vorsitzende:
F. G. Bröck.

Vom 14. Oktober ab sollen die Schnellzüge D 125 Trier ab 6.35 Nm., Coblenz ab 9.05 Nm., Siegen an 11.29 Nm., ab 11.39 Nm., Berlin Friedr.-Str. an 9.50 B. und D 126 Berlin Friedr.-Str. ab 7.00 Nm., Siegen an 5.16 Nm., ab 5.26 Nm., Coblenz an 7.55 Nm., Trier an 10.37 Nm., vorübergehend a. u. s.

Frankfurt, den 13. Oktober 1918.
Königl. Eisenbahndirektion Frankfurt (M.) 7(240)

An unsere Genossenschaften!

Die erste Zeit, die wir jetzt durchleben, läßt in uns Allen, die wir mit unserer in besonderem wirtschaftlichen Bunde gefestigten Kraft dem Vaterlande in seiner bisher schwersten Stunde dienen wollen, den dringenden Wunsch sich erheben, zusammen zu kommen, zu hören, uns auszusprechen und uns zu befestigen in dem Entschluß, Alles zu tun, was der Ernst dieser Tage uns Allen zur heiligen Pflicht macht.

Unsere Genossenschaften und ihre Glieder werden daher hiermit eingeladen zu einer

Kriegstagung

unserer Raiffeisen-Genossenschaften
nach Limburg a. d. L. im großen Saal der „Alten Post“
auf Mittwoch, den 16. Oktober 1918, nachmittags 3 Uhr.
Tages-Ordnung.

1. Eröffnungsansprache des Verbandsdirektors
2. „Schützt und erhaltet Eure Heimat.“
Redner: Herr Pfarrer Blum, Gernsheim
3. Ansprache und Entschliebung.

Ein der Bedeutung dieser Tagung entsprechender Besuch wird erwartet.

Verband ländlicher Genossenschaften landwirtschaftl. Zentral-Darlehens-
Raiffeisenscher Organisation kasse für Deutschland
in Nassau zu Frankfurt a. M. Filiale Frankfurt a. M.

Die Direktion: Dr. Nolten.

Freiw. Grundstücksversteigerung.

Im Auftrag der Geschwister Witwe Peter Hilf, Witwe Paul Hilf und Josef Hilf dahier, verleihere ich freiwillig deren in der Gemarkung Limburg Distrikt Württemberg, Heidenwies, Teufelslaut, Unterau, Unter Wagnerdamm (Bauplatz an der Stoffeler Chaussee) belegene Grundstücke öffentlich meistbietend. Die Versteigerung findet in der Gastwirtschaft Gustav Conradi, Blöde am

Samstag, den 19. Oktober 1918,
nachmittags 4 Uhr

statt. Versteigerungsbedingungen und Grundbuchtafel können auf meinem Büro eingesehen werden. 3(238)

Justizrat Hilf,
Notar.

Freie Vereinigung ehem. Mitglieder des Rhein- Mainischen-Verbandstheaters.

Eröffnungs-Vorstellung.

Hotel zur „Alten Post“.

Donnerstag, 17. Okt. 1918,
abends 8 Uhr

Durch die Intendanz!

Preislustspiel in 4 Akten von L. Henle.

Karten im Vorverkauf in der
:: Herz'schen Buchhandlung ::

„Limburger Verein für Volksbildung“

Veranstaltungen für das Winterhalbjahr 1918/19.

A. Veranstaltungen vor Weihnachten.

19. Oktober: Konzertaufführung des Freischütz.
2. November: Vortrag von Herrn Studienrat Hilmann über Sülzer.
9. November: Vortrag v. Herrn Dr. Heinz Marr über ein noch zu bestimmendes Thema.
Novemb./Dezemb.: Lehrgang an vier Abenden von Herrn Fortbildungsschulleiter Döder über Fälscherei.
19. Dezember: Veranstaltung für Kinder — Jamboree.

B. Veranstaltungen nach Neujahr.

- Es sind folgende Veranstaltungen in Aussicht genommen:
2. Februar: Vortrag von Herrn Professor Hülsen über Heibel.
9. Februar: Vortrag von Herrn Direktor Bansa über ein noch zu bestimmendes Thema.
16. Februar: Kammermusikabend.
Februar/März: Lehrgang an vier Abenden von Herrn Dr. Rohm über höchste und tiefste Temperaturen. 1(241)

Schwarz. Schäferhund

auf den Namen „Roland“
hörnend, entlaufen. 8(241)
Widerbringer erhält Belohnung.
Der Kater wird gewarnt.
Limes, den 15. Okt. 1918
Bürgermeister Wagner.

Arbeitsbücher

zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei.



Favorit-Schnitte bieten eine immer schöne Grundform, nach persönlichem Geschmack verschiedenartig auf das reichste vollste auszustatten geht. Favorit-Modenalbum (M. 1.) Favoritschnitte Hefen: Joh. Franz Schmidt, Limburg

Achtung! Schlachtpferde

sowie Kottschlachten
kauft
Joh. Zindorf,
5(241) Pferdemeßger,
Limburg a. d. Lahn,
Fischmarkt 19. Telefon 342

Schlachtpferde

sowie Kottschlachten
kauft
Hugo Rehr, Pferdemeßger,
Wiesbaden, Telefon 2612.
Ich habe den Erlaubnis-
schein zum Einlauf
Gut erhaltener großer
Herd
zu verkaufen. 6(241)
Limburg a. d. L.,
Fischmarkt 19. Telefon 342.



Glühlampen und

Installations-Material

für elekt. Lichtleitungen.

Glaser & Schmidt,
Limburg.

7(238)

„Wir ziehen
unsere Lebensstraße“
NEUER THÜRINGISCHER
ROMAN VON
Marthe Renate Fischer

ERSCHENNT JETZT
IN DER

„Gartenlaube“

Hunde an die Front!

Bei den ungeheuren Kämpfen an der Westfront haben die Hunde durch härtestes Trommeln die Meldungen aus vorderster Linie in die rückwärtige Stellung gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist durch Abnahme des Meldebeganges durch die Meldehunde das Leben erhalten worden. Militärisch wichtige Meldungen sind durch die Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.

Obwohl der Nutzen der Meldehunde im ganzen Lande bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer von kriegsbrauchbaren Hunden, welche sich nicht entschließen können, ihr Tier der Armee und dem Vaterlande zu leihen!

Es eignen sich der deutsche Schäferhund, Dobermann, Wirehaire-Terrier und Rottweiler, auch Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell, gesund, mindestens 1 Jahr alt und von über 50 cm Schulterhöhe sind, ferner Leonberger, Neufundländer, Bernhadriner und Doggen. Die Hunde werden von Fachbretern in Hundeschulen ausgebildet und im Erlebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

An alle Besitzer der vorgenannten Hunderrassen ergeht daher nochmals die dringende Bitte: Stellt Eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes!

Die Anmeldungen für die Kriegs-Hunde-Schule der Meldehundschulen sind zu richten an die Inspektion und Nachrichtentruppen, Berlin W., Kurfürstendamm 152, Abt. Meldehunde.

3(116)